

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auergebirge. Fernsprecher 53. Für unerlangt eingehende Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 298

Montag, den 23. Dezember 1918

13. Jahrgang

Die Neueinteilung der Republik Groß-Deutschland.

„Berliner Tageblatt.“

Wann endlich wird bei uns in Deutschland der blutige Kampf mit politischen Schlagworten aufhören? Wann endlich werden wir lernen, daß in der Politik allein die Sache, höchstens die Meinung, nicht aber die Person die wichtigste Rolle spielt? Haben wir noch nicht genug an dem, was uns das „persönliche Reglement“ des Ex-Kaisers eingebracht hat? Es ist ein seliger Irrsinn, wenn wir ihn für alles allein schuldig sprechen, er war genau so, wie viele von uns noch sind und er war in Friedenszeiten unbedingte Bewunderung und Belebte. Sein Fehler war unser aller Fehler. Während unsere Kaufleute und Industriellen, Wissenschaftler und Techniker längst gelernt hatten, sachlich zu denken und zu handeln, gaben wir alle uns in der Politik Gefährten hin. Politik aber, die nach weiteren Plänen ausschaut, muß nach größeren Gesichtspunkten geführt werden als das größte Geschäft. Stimmungspolitik ist Stämperel, und daß er Stimmungspolitik getrieben hat, ist des Kaisers größter Fehler gewesen, sein zweites war der erhabene Dünkel, in dem er sich für den deutschesten der Deutschen und den größten Politiker hielt. Er war ein Phariseer und wir müssen alle Phariseer aus unserer Mitte ausrotten.

Nun beginnt auch bei uns die Gemütsregung und aber kurz wird die Antisemitische ihr auf dem Wege folgen! Welche sind blödsinnig. Es kommt gar nicht darauf an, ob der, welcher eine Sache vertritt, Jude oder Nichtjude ist, sondern nur, ob die Sache etwas taugt!

Unsere Deutsch-Nationalen, die sich als die einzigen guten Deutschen betrachteten, obwohl sie im Augenblick die politisch dümmsten sind, bringen es sogar so weit, die Demokratische Partei einfach mit dem „Berliner Tageblatt“ gleichzusetzen und mit dieser Gleichsetzung zu agitieren. Nun — eine Partei ist niemals eine Zeitung. Die Partei lebt ihr Leben für sich. Aber richtig ist es, daß das „Berliner Tageblatt“ nicht erst seit vorgestern, sondern seit Jahren für das Programm eingetreten ist, das wir jetzt verwirklichen wollen. Wichtig ist, daß das „Berliner Tageblatt“ manchen Schaden angerichtet hat, aber unsere konservativen Blätter sind nicht berufen, darüber zu urteilen, denn sie haben noch größeres Unheil mit herausbeschrieben Helfen. Das, worauf es ankommt ist, daß wir alle uns einigen, nicht, daß wir uns trennen. Alle diejenigen, die jetzt ihre Sonderstüppchen kochen, bewahren schon damit, daß sie von den politischen Notwendigkeiten der Gegenwart nicht das geringste erfährt haben.

Und sie wollen Politiker sein, und aber die politische Richtung des „B. T.“ zu Gericht sitzen? Querstreiber sind sie, die mit unlauteren Waffen kämpfen, Reaktionäre, die Blutigkeit das Wasser auf seine Mühle gießen, schlechte Deutsche, denn sie zerstückeln unser Volk, statt an seiner Einigung mitzuarbeiten. Auch wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk sich selbst regieren, nicht sich durch „Juden“ regieren lassen soll, aber wir sind dafür, daß man erst einmal die Tüchtigsten an die Spitze stellt, die tüchtigsten Nicht-Juden wie die tüchtigsten Juden, und daß wir Deutsche Politiker hervorbringen müssen, die Theodor Wolf überlegen sind, und ihn damit zurückdrängen, nicht aber durch die Hege gegen sein Judentum.

Wir sind gegen Judenhegen, nicht weil wir „verjudet“ sind, sondern weil wir Deutsche Menschen sind, denen das Menschentum an erster Stelle steht. Wir brauchen die Juden nicht zu unterdrücken, weil wir uns ihnen gewachsen, ja aber gegen sie, wenn sie, freilich, wer sich dünnter weiß, als Theodor Wolf, der mag ihn als Juden bekämpfen, aber er soll auch sagen, daß er in ihm den scharfen Verstand und die beherrschende Kritik erschlagen will, die mitgeholfen haben, das deutsche Volk aufzuwecken.

Wir aber sind noch und sind deutsche Demokraten und fürchten weder Theodor Wolf noch die Deutsch-Nationalen.

Zur inneren Lage.

Festigung der Reichsleitung.

Der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte hat durch den, wie am Freitag festgestellt wurde, mit großer Mehrheit angenommenen Beschluß, wonach bis zur endgültigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt der Reichsleitung zu übertragen ist, ein Verfassungsinterregnum geschaffen. Die gegenwärtige verfassungspolitische Lage des Reiches ist nun dadurch charakterisiert, daß wieder eine Reichsleitung besteht, die sich zwar nicht auf den erklärten Willen des gesamten Volkes zu stützen vermag, die aber ihre Autorität auch nicht mehr auf eine Revolutionenstimmigkeit gründet. Die Abgeordneten der revolutionären Körperschaften aus ganz Deutschland haben durch den erwähnten Beschluß den Rat der Volksbeauftragten mit allen Rechten und Pflichten des reichsleitenden Organs ausgestattet. Dadurch, daß den Volksbeauftragten die volle Exekutiv übertragen worden ist, erhalten sie erst den erforderlichen, zur Entfaltung und Geltendmachung zur Regierungsgewalt nötigen Rückhalt. Die Regenregierung, die der Berliner Volksgesundheitsrat bisher sehr zum Schaden der einheitlichen Führung der Staatsgeschäfte etabliert hatte, verliert damit. Allerdings wird ein neues Zentralorgan in einem vom Kongress errichteten Zentralrat von 27 Mitgliedern errichtet. Diese Kontrollbehörde wird sich aber aus Vertretern des ganzen Reiches zusammensetzen und damit die Gewähr dafür geben, daß die staatlichen Obliegenheiten den Notwendigkeiten des Volkes in höherem Maße gerecht zu werden vermögen, als das bisher durch die einseitige Berliner Besetzung möglich war.

Das Programm des deutschen Volkspartei.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ veröffentlicht das Programm der aus einem Teil der früheren nationalliberalen Partei bestehenden „Deutschen Volkspartei“. In der Spitze stellt das Programm den nationalen Gedanken, die Reichseinheit; es betont das Recht auf konsultatorische Beteiligung und verlangt völlige Neuordnung des Auswärtigen Amtes und anderer ausländischen Vertretungen, ein Volksheer, umgestaltet nach den Erfahrungen dieses Krieges, aufgebaut auf den Grundprinzipien: Berechtigung, Manneszucht, Kameradschaft, Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte, weiteste Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz, volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung, Erhaltung und Kräftigung eines breiten Mittelstandes in Industrie, Handel und Handwerk, umfassende Fürsorgeeinrichtungen für den Mittelstand. Warmherzige Fürsorge und würdige Versorgung der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer durch das Reich auf Grund reichsgesetzlich gewährleisteten Anspruchs. Sicherung der Stellung der Beamten, Offiziere und Wehrer, materiell und rechtlich. Anerkennung der Organisationsfreiheit, Errichtung von Beamtenauschüssen. In dem Programm finden sich ferner Forderungen bezüglich einer großzügigen Lebensepolitik, Kooperationsfreiheit, Schutz des Privateigentums, Beibehaltung der Verbindung von Staat und Kirche, Religionsunterricht in der Schule, Gleichberechtigung der Frauen, Sicherstellung der Staats- und Kriegsanleihen, unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung und schnellster Friedensschluß.

Die Dresdner Nationalliberalen.

In einer außerordentlichen Hauptversammlung am Freitag hat der Nationalliberale deutsche Reichsverein zu Dresden mit überwältigender Mehrheit der anwesenden Mitglieder im Gegensatz zu Leipzig beschloffen, die Organisation des Vereins nicht in die Deutsche demokratische Partei, sondern in die Deutsche Volkspartei überzuführen.

Die Berliner Spartakusgruppe und die Nationalversammlung.

Die Berliner Spartakusgruppe hat beschloffen, die Wahlen zur Nationalversammlung nicht mitzumachen, bis zum Wahltermin aber die Massenbewegung weiter zu organisieren und die Wahlen mit allen Mitteln zu verhindern.

Wieder eine Gewalttat der Unabhängigen.

Wie die Bremer „Weserzeitung“ berichtet, erschienen mehrere Unabhängige des Arbeiterrates in Begleitung von bewaffneten Soldaten in den Geschäftsräumen der „Weserzeitung“ und erklärten, daß sie von jetzt ab den Betrieb übernehmen würden. Die bisherigen Leiter des Geschäfts und der Redaktion traten unter Protest von ihren Posten zurück.

Protest gegen die Ablegung

Der Orden und Ehrenzeichen.

8000 aktive Unteroffiziere, Deckoffiziere usw. in Kiel haben durch eine Abordnung bei dem Kommandeur von Kiel, Moske, den schärfsten Einspruch gegen den Beschluß des Rätekongresses bezüglich der Ablegung der Abzeichen, Orden und Ehrenzeichen eingelegt und Unterstützung von ihm und der Regierung verlangt, daß dieser Beschluß nicht zur Durchführung komme. In Kiel herrscht große Erregung über den Beschluß des Rätekongresses.

Die Sozialisierung.

Die Darlegungen auf dem Rätekongress.

In unserer Sonnabendnummer haben wir bereits mitgeteilt, daß auf der Reichskonferenz der A- und B-Räte in Berlin ein Antrag auf Sozialisierung (Verstaatlichung) der dazu reifen Betriebe angenommen worden ist. In der Begründung des Antrages führte der Referent Hilferding aus: Es ist ein tragisches Verhängnis, daß wir zur Macht kommen in einem Augenblick, wo Deutschland verwaist ist. Das wird die Sozialisierung ungemein erschweren. Trotzdem ist die Aufgabe nicht unmöglich. Sie nimmt nur längere Zeit in Anspruch. Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Produktion und der Exportindustrie kann zunächst von einer Verstaatlichung keine Rede sein. Die Sozialisierung wird sich auf solche Fälle beschränken müssen, wo die durch Kartelle und Trusts vorgearbeitete Produktion unter Sozialisierung nicht die Übergabe der Betriebe an die Arbeiterkraft, das würde zu einer Produktionsaffektion führen können, die in Deutschland längst abgewirtschaftet hat. Außerdem würde dadurch an dem Charakter der kapitalistischen Gesellschaft nichts geändert. Schließlich würde sie auch je nach der Rentabilität der Betriebe zu den größten Ungleichheiten innerhalb der Arbeiterkraft führen. Gerade die Verstaatlichung über Kohlen und Eisen hat das Großkapital bei uns so mächtig gemacht. Darauf beruht auch die Macht der Großbanken. Man wird die einzelnen Industriezweige auf ihre Eignung für die Sozialisierung untersuchen müssen. Auf manchem Gebiet können wir die ganze Produktion und den ganzen Absatz übernehmen. Die Wäckerlein können z. B. ohne weiteres von den Kommunen übernommen werden, ebenso verschieden können die Mittel der Sozialisierung sein. In manchen Fällen empfiehlt es sich, gewisse Stoffe der Produktion zu übernehmen, während man die Weiterverarbeitung freiläßt. In anderen Fällen kann man durch Handelsmonopole den Absatz in die Hand nehmen. Wir werden die Sozialisierung nicht beginnen beim Bankwesen, sondern bei der Produktion. Für die Banken wird dann von selbst nur noch der Zirkulationskredit übrigbleiben. Die Verstaatlichungen können ohne weiteres vom Reich übernommen werden. Das ist wichtig aus sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gründen, ebenso ist es mit den Hypothekendarlehen. Es fragt sich nun, wie wollen wir sozialisieren? Sollen wir hypothekieren oder entschädigen? Ich bin der Überzeugung, daß der Gedanke der einfachen Konfiskation nicht der richtige wäre. Dadurch würden eine Menge Ungleichheiten entstehen. Der mittlere und kleine Besitz ist in sehr zahlreicher Hände zerstückelt. Für den großen Besitz würde sich die Möglichkeit ergeben, den Besitz zu erwerben. Der Kapitalist wird entschädigt werden. Die Entschädigung wird natürlich von unserem Standpunkt anders anzusehen sein, als es früher bei der Verstaatlichung geschehen ist. Das Machtverhältnis zwischen Arbeiterkraft und Kapitalismus hat sich vollständig geändert. Die Profiteure ist gesunken, die Abhängigkeit ist gestiegen. Ich stelle mir die Entschädigung so vor, daß sie in staatlichen Renten erfolgen wird. Die Besitzer bekommen in staatlicher Rente den Wert ihres Besitzes. Der zweite Akt wird durch die Steuer-

Wichtigste Nachrichten des Tages... (Small text column on the right side of the masthead)

riiden- Umg. ... er auf- erbeten. ... lue. ... argelblosen ... n und mit ... Spefen. ... n, ... Inventuren ... Angelegen- ... erichtlicher ... ellschaften, ... evisionen ... d Betriebs- ... rgeb., ... er 538, ... lter B... ... mein. ... unft! ... Wort ... Schrift. ... (spez. ... ndenz) ... ei maß. ... stattet. ... -Aue. ... i. Erg. ... hr, tags vor ... 8-3 Uhr. ... t 3 1/2 ... auto Leipzig ... onto Voh... ... Spartasse ... insbesondere ... hnung und ... iebesfähiger ... cters gegen ... er Art ... ührung ... eblatt, ... recher 53